

Freiheitsglocke

VOS - Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V.
Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus

Berlin, Juli/August 2015

65. Jahrgang, Nr. 753/54

25 Jahre Einheit. Wiedergutmachung aber nur in kleinen Schritten

VOS plant Kundgebung und wirbt um viele Teilnehmer! Auch interessante Plakatlosungen gesucht

Wer hätte damals gedacht, dass es mit der Einheit so schnell gehen würde? Nicht mal ein Jahr war nach den „Herbststürmen“ in den Großstädten der DDR vergangen, da war an jenem denkwürdigen 3. Oktober 1990 der formelle Akt der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten vollzogen. Auch was sich in den wenigen Monaten zuvor in der sichtlich zusammenstürzenden DDR an Wandlungen vollzog, war geradezu atemberaubend. Es gab im April die ersten (und einzigen) freien Wahlen, die Regierungssiedlung in Wandlitz wurde von den SED-Leuten geräumt, und im Juli verschwand die DDR-Mark aus der Zirkulation, damit die D-Mark flächendeckend in Deutschland einziehen konnte.

Es war eine Entwicklung wie im Zeitraffer, die von den meisten Deutschen als notwendig anerkannt und die durch eine erstaunliche organisatorische und finanzielle Leistung bewältigt wurde. Wann hatte es das je zuvor in der Geschichte gegeben? Es war – nach dem Neuaufbau des zerstörten Landes nach dem Zweiten Weltkrieg – der zwei-

te historische Kraftakt, den die Deutschen vollzogen. Kurze Zeit nach der Einheit wurde dann das sowjetische Militär aus dem Gebiet der Neuen Bundesländer „verabschiedet“. Auch dieser Prozess verschlang Unsummen und erforderte eine hohe Konsequenz gegen die jahrzehntelang in der DDR verwurzelten Besatzer.

Unsere VOS spielte in jener Zeit eine wichtige Rolle. Die Opfer aus der frühen Zeit der kommunistischen Herrschaft hatten sich bis zuletzt nicht zu ihren Schicksalen äußern dürfen. Bautzen, Mühlberg, Buchenwald, Sachsenhausen und Sibirien waren verschwiegene Tatsachen, die Toten dieser Orte durften nicht erwähnt werden. Nun jedoch war die Zeit gekommen, darüber zu sprechen und die Verbrechen anzuklagen. Ebenso konnten die in West und Ost getrennt und geteilt lebenden Schicksalsgefährten einander die Hand reichen und endlich den gemeinsamen Kampf um eine gerechte Wiedergutmachung beginnen. Dazu bot die VOS eine anspruchsvolle Basis. Durch die Gründung der Landesverbände in Sachsen, Thü-

ringen und den anderen Bundesländern wuchs die VOS gewaltig an, und ehemalige Häftlinge, die zuvor in der DDR stumm bleiben mussten, traten in die Spitze des Verbandes. Seitdem wurde mit Anstrengung und mit Nachhaltigkeit um die soziale und finanzielle Besserstellung der ehemaligen Opfer gerungen. Wir alle wissen, wie schwer das war und wie mühsam wir zu Teilerfolgen gekommen sind. Was wir erreichten, ist eine (eingeschränkte) Opferrente und die Haftentschädigung in gesetzlicher Höhe. Damit sind viele nicht einverstanden, zumal die Opfer zusehends in die Bedeutungslosigkeit gedriftet sind.

Nunmehr wollen wir – sozusagen als Beitrag der VOS zum 25. Jahrestag – noch einmal Präsenz zeigen und mit Plakaten und in möglichst großer Teilnehmerzahl am Ort der Einheitsfeier zugegen sein. Arno Selten und Gerd Franke aus der Landesgruppe Hessen/Rheinland-Pfalz haben daher aufgerufen, geeignete Losungen zu finden und sich für unsere Demo anzumelden.

(Anmeldung S. 16 dieser Fg)

Hugo Diederich

Seit wir die letzte Ausgabe der Freiheitsglocke ausgeliefert haben, ist in und mit der VOS nicht allzu viel passiert. Ich würde sagen, dies ist nicht die schlechteste Nachricht, zumal es im Englischen den Ausspruch gibt *No news is good news* (keine Nachricht bedeutet gute Nachricht). Wir haben weiterhin keinen Bundesvorsitzenden, und dennoch funktioniert das „VOS-Geschäft“ recht ordentlich. Auch in Sachen Schuldenerlass sind wir noch nicht weiter, was aber nach wie vor an den zuständigen Instanzen liegt. Was die Opferrente angeht, sind ebenfalls keine Fortschritte zu vermelden, wenngleich sich immer wieder Kameraden wie Karl-Heinz Genath oder nun der 98-jährige Joachim Fiedler in unermüdlicher Bereitschaft Gedanken machen und zur Tat schreiten, worüber man auf den nachfolgenden Seiten einiges erfahren kann.

Erfreuliches ist zumindest für den Monat Oktober zu vermelden. Es steht der 25. Jahrestag der Wiedervereinigung an, und zu diesem Anlass haben die Kameraden Arno Selten und Gerd Franke der Landesgruppe Hessen/Rheinland-Pfalz zu einer durch die VOS initiierten Kundgebung aufgerufen, bei der durch großflächige Transparente an uns als weiterhin benachteiligte Opfer des kommunistischen Regimes nachdrücklich erinnert werden soll. Die Einheitsfeier findet in Frankfurt am Main statt, und eben dort wird in unmittelbarer Nähe der „Stoßtrupp“ der VOS auf sich und damit auf uns alle aufmerksam machen.

Man kann auf Seite 16 dieser Fg nachlesen, dass möglichst viele Betroffene und deren Sympathisanten erscheinen sollen, und man kann (und sollte) sich hier anmelden. Wer es also noch irgendwie schafft und gegebenenfalls eine Mitfahrgelegenheit findet, der möge bitte kommen. Ich möchte nicht unken, aber es könnte eine der letzten Gelegenheiten sein, die sich uns bietet, im Rahmen einer soliden, kompakten Demonstration unsere Interessen öffentlich zu machen. Dieser *runde* Jahrestag ist ein Jubiläum, wie es sobald nicht wieder auf dem Kalender steht. Vermutlich werden – wie im Ok-

tober 2014, als in Anwesenheit von Dietrich Genscher, James Baker und anderen Prominenten des 25-jährigen Datums des Mauerfalls gedacht wurde – bedeutende Politiker und Akteure aus vielen Schichten und Regionen zugegen sein. Wir sollten vor deren Augen auf uns (!) hinweisen, und wir sollten vor allem das Feld und den *Ruhm* nicht wieder und nicht weiterhin denen überlassen, die sich ständig darin sonnen und die meist nicht das erlitten haben, was uns widerfuhr. Bei mir persönlich haben allein die elf Monate in der Stasi-U-Haft zu schweren anhaltenden Schäden geführt. Leider will das heutigen tags kaum jemand wissen.

Auf ein Wort zur Ausgabe 753/54

Wesentlich ist freilich, dass wir uns bei aller Verbitterung, die viele empfinden, von keinen linken Gewalttätern provozieren lassen und dass wir niemanden beleidigen und nicht von der geltenden politischen Korrektness abweichen.

So haben wir beispielsweise keine Veranlassung, uns kritisch über politische Flüchtlinge aus dem afrikanischen Raum zu äußern. Wir selbst standen vor wenigen Jahrzehnten mit leeren Stoff- oder Kunstledertaschen und ohne einen Pfennig in einem letztlich doch fremden Land, mit dem uns zunächst nicht viel mehr als die gemeinsame Muttersprache verband. Wir kamen mit Hoffnungen und Erwartungen, aber wir waren durchaus nicht allen willkommen, und die wenigsten brachten es im Handumdrehen zu jenem Wohlstand, den die Werbesendungen in Funk und Fernsehen verhießen. Immerhin war es gesetzlich geregelt, dass wir ganz selbstverständlich den bundesdeutschen Pass und alle Sozialleistungen erhielten. Manch ein Übersiedler ist trotzdem untergegangen. Wegen Heimweh oder wegen falscher Ideale oder aus Kraftlosigkeit. Es sind leider auch ehemalige politische Häftlinge hier im Westen kriminell geworden, oder sie fielen auf die asoziale Schiene. Es haben sich sogar Menschen, die die Maschinerie der Stasi

durchgehalten hatten, vor Erschöpfung und vor Hilflosigkeit im Westen umgebracht. Leider.

Man sollte also mithelfen, dass es heutigen Neuankömmlingen nicht ebenso geht. Die Menschen, die hier ankommen, haben ebenfalls schwer gelitten. Sie können unsere Sprache nicht verstehen und das politische System ist ihnen fremd. In Syrien etwa herrschen unhaltbare Kriegszustände, in Eritrea, einem Land, von dem wir nicht viel wissen, besteht eine ähnlich grauenhafte Diktatur wie in Nordkorea, wo ich übrigens die schlimmste aller gegenwärtigen Staatsformen sehe.

Man sollte auch eines wissen: *Anderen zu helfen hilft auch einem selbst*. Dies gilt eigentlich für jeden. Deshalb ist es eine Erkenntnis, die man auch unseren verantwortlichen Abgeordneten übermitteln darf. Gegebenenfalls auf einem der Plakate, die bei der VOS-Kundgebung am 3. Oktober gezeigt werden. Und damit bin ich wieder bei dem Aufruf, den wir auf Seite 16 dieser Ausgabe veröffentlichten: Erwünscht sind nicht nur viele Teilnehmer, es geht hier auch um gute Ideen für Plakataufschriften. Diese sollen vorab an die Initiatoren der Demo abgegeben werden. Es könnte in der Art sein:

Wer die Opfer nicht ehrt Ist die Einheit nicht wert!

Ich bin sicher, die Leserinnen und Leser der Fg werden noch bessere Ideen haben, als die hier von mir abgegebene Spontaneingebung. Je mehr Vorschläge bei den Organisatoren eingehen, umso besser für ein gutes Gelingen.

Noch etwas: Die geplante Kundgebung könnte auch eine Gelegenheit sein, uns wieder selbst zu festigen oder neue Mitglieder zu werben. Zu wenige Opfer und Widerständler wissen etwas von einem Verband ehemaliger politischer Häftlinge. Nun jedoch sieht man ihn in voller Aktion. Er stellt konkrete Forderungen, er wirkt selbstbewusst und widerstandsfähig, er ist keineswegs uninteressant, und er setzt sich für seine Klientel ein. Ich kann also nur wiederholen: Mitmachen ist wichtig.

*Bis zur nächsten Ausgabe
Ihr Alexander Richter*

In dieser Ausgabe - Themen, Hinweise, Daten

Titelseite

Die Opfer protestieren und feiern nicht
VOS will zum 25. Einheitsjahr demonstrieren

Redaktionsthema:

Mitmachen ist wichtig

Über die Vorhaben des Verbandes 2

Es ging in Wirklichkeit um die Einheit

VOS organisiert Gedenkveranstaltung zum 17. Juni und lädt Politiker ein 4

Neues vom Aushängeschild der Linken?

Plant GG seinen heimlichen Übertritt zur SPD oder zieht er sich zurück? 4

Opfer und Widerständler fühlen sich vergessen

Ein 98-jähriger ehemaliger Streikführer wendet sich per Brief an die Spitzenpolitiker 5

Auf breiter Linie endlich tätig werden

Die K.-H. Genath spricht aus, was viele von uns denken und erhoffen 6

War das ein Rat falscher Freunde?

Leserbriefmeinung zum Rücktritt von Rainer Wagner als Bundesvorsitzender der VOS 6

In Jalta war schon alles abgekartet

Über die Nachkriegsordnung und die Aufteilung Deutschlands in Zonen 7

Eine eigene Feier wäre doch ideal. Oder?

Ein Vorschlag zum Tag der Einheit 7

Die Vergangenheit bleibt schmutzig

Die Linke als Heilsbringer in der Demokratie? 8

Freizeit: Landesverband Berlin lädt ein 8

Die Zahlen sprechen eine klare Sprache

Häftlingszwangsarbeit in Mecklenburg-Vorpommern nachweisbar 8

Den Mantel des Schweigens gelüftet

Kameradin Rosemarie Studera beim Bankett von Ministerpräsident Woidke geladen 9

Als Autor ideologische untergepflügt

Das tragische Schriftstellerdasein in der DDR 10

Unermüdlich und mit immer neuen Fakten

Martin Hoffmann legt ein neues Buch vor, in das er auch sein Museum einbezieht 11

Wie schön ist's doch in Rottach-Egern

Tod eines Devisenbeschaffers 12

Man will es nicht mehr wahrhaben

Nicht nur Linke leugnen den Begriff (und die Tatsache vom) Unrechtsaat 13

Jene hinter Gittern und Mauern

Eine Lesung in der JVA Münster 14

Lachend trotz des schweren Schicksals

Ein Nachruf auf Siegfried Jahnke 15

Dort klebt für immer das Blut des Unrechts

Enthauptung von Smolka vor 55 Jahren 14

Leserbriefe 6, 7, 8

Sinnsprüche, Zitate, Anmerkungen 6, 7, 8, 11

Einladung zur Dampferfahrt 8

Todesmeldungen 15

Impressum / Aufruf 16

Spender für die VOS: Bitte nicht nachlassen!

Helmut Günther, Helmut Meng, Siegfried Päßler, Wolf-Peter Schmidt, Jürgen-Kurt Wenzel, Hans Stein, Dr. Stefan Lindner, Rosemarie Badock, Heinz-Jürgen Klein, Siegfried Göthel, Hans-Dieter Kosel, Günter Prescher, Gottfried Freund, Helmut Fleischhacker, Gottfried Hoyer, Fritz Hofmann, Vera Falke, Margarete Voigt, Peter Leuteritz, Manfred Krafft, Barbara Hentschel, Dieter Jakob, Karl-Heinz Ulrich, Fritz Schaarschmidt, Harald Wurz, Manfred Gärtner, Fritz Jury, Erik Hofmann, Anneli Fratz, Werner Kosel, Heidemarie und Klaus Mlodzianowski, Marianne und Eberhard Hollstein, Hans-Christian Braun, Bernd Prenzel, Horst Wagner, Hubert Gärtig, Ingrid Arena, Günter Meise, Helmut Padel, Hannelore Dahnke, Dieter Schmidt, Dr. Herbert Prieu, Brigitte Hutzfeldt, Heidrun und Dieter Gräf, Gerhard Bartels, Ingolf Braungart

**Allen hier aufgeführten
Kameradinnen und Kameraden
einen herzlichen Dank.**

**Bitte unterstützen Sie den Verband
auch weiterhin durch eine Spende.**

**Jede Spende hilft der VOS und uns allen,
die nächsten Ausgaben der
Freiheitsglocke zu sichern
Wir haben die Ausgabe 800 im Visier!**

A U F R U F

Zur Kundgebung vor der Einheitsfeier am 3. Oktober 2015 in Frankfurt am Main

Der VOS-Landesverband
Hessen/Rheinland-Pfalz plant eine
Kundgebung vor dem Gebäude,
in dem der Festakt zur Einheitsfeier
in Frankfurt am Main stattfindet.

Wir rufen die VOS-Mitglieder auf,
an dieser Aktion teilzunehmen, um mit
möglichst vielen Kameradinnen
und Kameraden vor dem Gebäude,
in dem die Politiker und ihre Gäste
zum Festakt der Einheitsfeier eintreffen
friedlich unsere Stimme zu erheben.

Gesucht werden auch treffende
Losungen, die auf die Situation
vieler Betroffener hinweisen. Etwa:

**Das Unrecht damals war die Haft
Das Unrecht heute ist das Vergessen!**

Bitte beachtet die weiteren Hinweise auf Seite 16. Dort kann man sich auch in einem eigens entworfenen Vordruck (oder aber formlos) anmelden und einen Vorschlag für die Plakataufschrift unterbreiten.

Keineswegs ging es nur um höhere Löhne und niedrigere Normen

Alljährliche VOS-Gedenkveranstaltung in Berlin ist weder Pflicht noch Routine

Der 17. Juni als Gedenktag bleibt ein Signal, dessen Wirkung bis heute anhält, mögen das inzwischen auch viele Politiker nicht mehr wahrhaben wollen und mögen die linken Medien alles dafür tun, den einstigen Volksaufstand als Aktion einiger vom Westen beauftragter Krawallmacher hinzustellen, bei dem das *gutmütige* sowjetische Militär mit seinen Panzern und

Herr Carsten Engelmann die Schirmherrschaft übernahm. Auf der Rednerliste des Tages standen zudem Judith Stückler als Vorsteherin der BVV Wilmersdorf/Charlottenburg, Kai Wegner, MdB und Generalsekretär der Berliner CDU, Joachim Krüger, Abgeordneter im Abgeordnetenhaus Berlin sowie Dr. Christian

ler auch noch einmal die Forderungen der ehemaligen politischen Häftlinge von SBZ und DDR zusammengefasst und sie den Angesprochenen unmissverständlich unterbreitet. Für diese beherzte Aktion danken wir Joachim Fiedler.
B.Thonn

Der Brief ist auf S. 5 im original Wortlaut abgedruckt



Schusswaffen quasi nur gelangweilter Zaungast gewesen ist und wie es später auch die Aufmärsche der „befreundeten“ Sowjet-Soldaten in Budapest und Prag nicht gegeben hat.

Wir als VOS nehmen diesen Tag in seiner geschichtlichen Bedeutung ernst. Wir sind es den Opfern schuldig, die es in jenem Juni 1953 und noch weitere 37 Jahre gab, und wir erinnern unverbrüchlich daran, dass es damals nicht bloß um höhere Löhne und niedrigere Normen ging, sondern dass die Frage einer Wiedervereinigung der beiden deutschen Teilstaaten schon ganz konkret gestellt war. Für die Nachfolgenerationen in der DDR war der Volksaufstand des Jahres 1953 immer ein Orientierungspunkt, der den Menschen die berechtigte Hoffnung gab, dass man irgendwann etwas ändern kann und dass sich Widerstand weiterhin lohnt.

Auch in diesem Jahr initiierte unser Verband am Steinplatz in Berlin eine Gedenkveranstaltung, zu der wie immer wichtige Vertreter der Politik eingeladen waren und für die der stellvertretende Bürgermeister von Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf,

Fuchs, Beauftragter der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft. Seitens der VOS war Bundesgeschäftsführer Hugo Diederich (Foto links) mit einem Wortbeitrag beteiligt. Kamerad Diederich betonte ausdrücklich, dass die Erinnerung an den 17. Juni 1953 gerade für die heranwachsenden Generationen wachgehalten werden müsse.

Als eine herausragende Initiative und gleichsam eine Herzensangelegenheit kann man den Brief unseres 98-jährigen (!) Kameraden Joachim Fiedler werten, der anlässlich des diesjährigen Gedenkens an den Volksaufstand einen ausführlichen Brief an die Parteivorsitzenden von CDU und SPD sowie an Bundespräsident Gauck schrieb. Dies nötigt uns allen allein wegen der großartigen Schriftform, aber auch des Inhalts wegen sehr großen Respekt ab. Authentischer – und dies ist keine Floskel – lässt sich ein Bericht zu den damaligen Ereignissen und den eigenen Eindrücken nicht abfassen. Zudem hat Kamerad Fied-

der kurzkommentar

Eine Finte oder ein echter Abschluss?

Gibt Gysi den Fraktionsvorsitz der Linken wirklich ab?

Schon öfter geisterte jene Meldung durch die Medien, die jetzt vielleicht doch Wirklichkeit werden soll: Gregor Gysi beabsichtigt, den Fraktionsvorsitz der Partei die Linke im Bundestag abzugeben. Als Nachfolger hat der Parteivorstand gemäß seinem Vorschlagsrecht Dietmar Bartsch und Sarah Wagenknecht vorgesehen. Man fragt sich, will sich Gysi etwa ganz aus der Politik zurückziehen oder liebäugelt er mit der SPD? In einigen Medien war von Verabredungen mit Sigmar Gabriel die Rede, in denen es um eine spätere große Koalition Grün-Rot-Rot ginge. Kann es aber nicht sein, dass der einstige Konstrukteur, der aus den Trümmern der SED eine neue Partei schuf, die nun gesichert im Bundestag sitzt, selbst in die SPD will?

Wir sind gespannt. *H. Diederich*

Ohne die sowjetischen Militärs hätten wir die Einheit haben können

Nachstehend der Brief von Kamerad Fiedler (98 Jahre) an die Spitzenpolitiker der Bundesrepublik

Sehr geehrter Herr Bundespräsident Gauck, Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Merkel, Sehr geehrter Herr Gabriel,

Mein Name ist Joachim Fiedler, Geboren am 20.01.1917 in Artern (Kyffhäuserkreis), wohnhaft in Naumburg an der Saale.

Teilnehmer vom 17. Juni 1953

Als damals in Berlin in der Stalinallee der Streik ausbrach und sich dann am anderen Tag auf die sogenannte DDR ausbreitete, wurde ich im Leuna Werk bei Merseburg von 25.000 Arbeitern, die mit der schwarzrotgoldenen Fahnen vor das Verwaltungsgebäude marschiert waren, mit in die Streikleitung von sechs Personen gewählt. Unsere Forderungen waren:

1. Freilassung aller politischen Häftlinge
2. Ein einiges Deutschland
3. Mehr Lebensmittel
4. Mehr Rente
5. Entfernung der politischen Spitzel aus den Werkstätten
6. Herunter von Arbeitsnormen, die gerade erhöht wurden

Die Menge der Arbeiter war sehr aufgeregter, und ich mußte sie beruhigen.

Ich habe einen Marsch nach Merseburg und eine Versammlung organisiert, um sich mit den Mitarbeitern von Schkopau zu einer Kundgebung zu treffen. Ich habe dann mit dem techn. Direktor in Verhandlungen mit dem russischen Werkdirektor klargemacht, daß wir mit der russischen Seite nichts vorhaben, sondern wir wollten das Verbrechenssystem Walter Ulbricht weghaben. Ich wurde dann mit den anderen Kollegen in Haft genommen, einer davon ist verschwunden, da wissen wir bis heute nicht, wo er hin ist. In der Haftanstalt zum Roten Ochsen in Halle wurden wir dann schikaniert und tyrannisiert. Das war in einer Zelle mit Stahlbett und Strohsack, ein Kübel für die Notdurft, Schemel und Klappstisch. Tagsüber durfte man nicht auf das Bett; aus Schikane. Wenn das Essen kam, wurde man zur Vernehmung geholt. Anschließend war das Essen fast nicht mehr genießbar. Wir waren angeklagt auf Verbrechen nach Artikel 6 der Verfassung der DDR in Verbindung mit KRD 38 Abschnitt 2 Artikel 3.

Ich wurde 14 Tage lang unter Mördern mit vier Mann in der Zelle eingesperrt. Vom Strafsenat am Bezirksgericht Halle in der Sitzung 29 und 30 haben folgende Leute teilgenommen:

Oberrichter, Kaderleiterin, Streckenmeister, Staatsanwalt, Justizangestellter.* Von den genannten Leuten wurden Urteile von drei bis fünf Jahren verhängt.



Ich wurde zu drei Jahren Post- und Telefonkontrolle verurteilt. Dann war ich noch einmal vier Wochen in Einzelhaft, danach wurde ich zu Zwangsarbeit bei den Hallischen Kleiderwerken in der Anstalt verurteilt. In dieser Zeit hat man viele Leute kennen gelernt, die vor allen Dingen von den anderen Parteien SPD und CDU waren. Darum verstehe ich es heute nicht, daß man die Leute

alle vergessen hat. Der Nationalfeiertag 17. Juni, der von Bundeskanzler Adenauer eingeführt wurde, ist abgeschafft und dafür der 3. Oktober als Tag der Einheit eingeführt. Der 17. Juni hätte die Einheit gebracht, wenn die russischen Streitkräfte nicht dazwischen gekommen wären. Man hat uns mit der MP wieder an die Arbeit getrieben. Der ehemalige Bundeskanzler Kohl hat damals die Berliner Streikgruppe ausgezeichnet, aber die, die in der DDR in anderen Städten auf die Straße gegangen sind und gestreikt haben, wurden vergessen.

Meine Heimatstadt hat mich wenigstens ins Goldene Buch eintragen lassen. Es ist eine Genugtuung, aber keine Wiedergutmachung, für das, was wir verloren haben. Darum bitte ich Sie, Herr Bundespräsident Gauck, daß sie für uns politische Häftlinge, für unsere Zwangsarbeit für die Firmen, die im Westen saßen, einen gerechten Ausgleich finden.

Weiterhin bitte ich Sie, dafür einzutreten, daß die Opferrente, die wir jetzt endlich nach Jahren bekommen, in eine Ehrenrente umgewandelt und gleichgestellt wird mit der Rente der Verfolgten des Nazi-Regimes.

Ich kann es in meinem Alter nicht verstehen, daß damals die Frau Honecker nach Chile zu ihrer Tochter auswandern durfte und eine hohe Rente von uns bekommt. Diese Frau hat so viel Schuld an Eltern, die heute noch ihre Kinder suchen. Ich spreche im Namen aller politischen Häftlinge und bitte Sie, sich für uns einzusetzen. Gleichzeitig bedanke ich mich bei Ihnen, daß Sie die Stasi-Akten des Verbrecherstaates DDR erhalten haben.

Ich bin im Oktober 1956 mit meiner Familie über Berlin nach Ludwigshafen am Rhein geflüchtet und habe Arbeit bei der BASF bekommen. Das Leuna Werk wurde damals von Ludwigshafen aufgebaut.

Joachim Fiedler
Fotos: VOS/privat

*Die Namen der genannten Personen wurden hier entfernt.

So wie bisher kommen wir nicht weiter

Weitere Anregungen und Vorschläge zur Verbesserung der Opferrente

☒ Die Stellungnahme von Valerie Bosse in Fg-Ausgabe 751/2, S. 5 (Die Initiativen Einzelner ...) fand ich sehr inhaltsreich und interessant. Es sind sehr gute und durchaus machbare Hinweise enthalten.

Ich glaube, es ist an der Zeit, dass der Verband, vertreten durch seinen Bundesvorstand, jetzt an der Reihe ist, im Sinne der SED-Opfer auf breiter Linie tätig zu werden.

Ich stelle dazu Folgendes fest:

1. Es sollte ein Rundschreiben an alle Abgeordneten des Bundestages verfasst werden, in dem unsere Forderungen dargestellt und auch begründet werden. Dies könnte in einer Art Katalog geschehen. Die anfallenden Kosten ließen sicher aus Spendengeldern abdecken.
2. Dasselbe Schreiben sowie dieser Forderungskatalog sollte auch an die Bundeskanzlerin gehen [am besten per Einschreiben oder durch persönliche Übergabe an eine(n) kompetente(n) Vertreter/in].

Bei einer solchen Aktion könnte man sinnvoller Weise andere interessierte Opferverbände mit einbeziehen, denn eine breit organisierte Bewegung hätte den Vorteil, dass wir mehr Aufmerksamkeit bekommen und die Politik endlich zu einer Art *Bringschuld* herausfordern. Zweckmäßig wäre die Gründung einer Sonderkommission, die sich vorrangig mit dem Thema befasst und nach beiden Seiten (VOS-Vorstand sowie Politik) informiert.

Meines Erachtens kommen wir so, wie wir es bisher betreiben (meist Einzelaktionen, die schnell verpuffen oder nicht beachtet werden), nicht mehr weiter. Zudem zieht sich alles viel zu sehr in die Länge.

Karl-Heinz Genath (89 Jahre)

Über das Ausdauernde:

Schildkröten können mehr Eindrücke auf ihrem Weg sammeln als Hasen.

*Ein Sinnspruch aus China
Gefunden im Internet*

Für die Älteren wird vieles nicht gerade leichter

Uns drückt inzwischen nicht nur die Last der Vergangenheit

Zunächst einmal herzlichen Dank für die Freiheitsglocke Mai/ Juni 751/2. Ich merke durch die vielen Ausgaben, die inzwischen vorliegen, wie alt man schon ist und dass man doch auf immer neue Gefahren achtgeben muss.

So wurde in den letzten Tagen bei mir angerufen – ein Mann meldete sich, den ich nicht kannte. Daher legte ich auf, weil man vorsichtig sein sollte. So hörte ich auch etwas Bedenkliches von einer Bekannten aus unserem Haus, wo Jung und Alt zusammenwohnen und sich fast alle gut verstehen. Ein unbekannter Anrufer wollte sie mit dem „Enkeltrick“ am Telefon überrumpeln. Er sagte: „Hier spricht dein Enkel Falko, ich habe schon lange nichts mehr von dir gehört.“ Dann wollte er eintausend Euro haben, als Zuschuss für seinen Autokauf. Die Bekannte legte sofort auf, weil sie die Absicht des Anrufers erkannt hatte. Sie informierte nachher die Leute aus unserem Haus, unterließ es aber leider, auch die Polizei zu benachrichtigen. Man hätte über die Nummer herausbekommen können, wer der Fremde war.

Ich selbst darf wegen meiner schweren Herzschwäche und der Herzoperationen kein Handy und keinen PC benutzen. Habe noch weitere Behandlungen vor, die ich selbst bezahlen muss und daher froh über die Opferrente bin.

Noch mal zur Fg 751/2 und zum Rücktritt von Rainer Wagner. Er spricht in seiner Begründung vom „Rat eines Freundes“. Da möchte ich erwidern: Sind nicht alle Kameradinnen und Kameraden in der VOS seine Freunde und hat er jemanden von uns gefragt? Da nun ein neuer Vorsitzender gesucht wird und wir um Vorschläge gebeten wurden, gebe ich hiermit meinen Kandidaten-Wunsch ab: Ich schlage unseren Kameraden Hugo Diederich vor!

In der Stadt Gera, in deren Nähe ich wohne, herrschen die Linken und selbst Stasi-belastete Personen tauchen in der Öffentlichkeit

auf. Im Stadtrat ist sogar die NPD vertreten. Da hat man oft nichts zu lachen und ist besorgt, weil die jungen Menschen weiterhin zur Jugendweihe und nicht zur christlichen Konfirmation gehen. Leider ist auch das Interesse an der Politik gering. Man sieht das an der geringen Wahlbeteiligung.

Nun zum Mahnmal für die Opfer des Kommunismus. Ich bin für ein solches. Mein Ehemann, der vor Jahren siebzigjährig verstarb, müsste neben vielen anderen Opfern darauf mit Namen seinen Platz bekommen. Bei seiner Verhaftung wurde die Wohnung durchwühlt und er die Treppe hinuntergestoßen. Im Gefängnis wurde nur gebrüllt, er fror, denn es war eiskalt. Meine Briefe, in denen ich die Politiker über die Vorgänge informierte und um Hilfe bat, wurden nicht beantwortet bzw. unterschlagen. Keiner von den Verantwortlichen wurde dafür zur Rechenschaft gezogen oder bestraft, obwohl einige Namen bekannt sind. Ich rege mich immer wieder zu sehr auf, wenn ich daran denke, es geht dann bis zur Atemnot. Trotzdem muss ich fragen: Wofür haben wir eigentlich gearbeitet und gekämpft?

Nochmals möchte ich mich für dieses Mahnmal für die Opfer des Kommunismus aussprechen! Ich würde trotz meines geringen Einkommens dafür etwas spenden. Allerdings plädiere ich dafür, dieses Mahnmal in Bonn oder in Bayern aufzustellen; Berlin halte ich für ungeeignet, hier könnte man wohl wegen der allgemeinen Unruhe für dessen Sicherheit nicht garantieren. Mit dem Bau und der Finanzierung dieses wichtigen Projektes hat es wohl keinen Sinn, auf die Politik zu warten.

Man sollte doch ruhig mal einen Leserbrief an die Zeitung „Bayernkurier“ senden und sich mit dem Thema bemerkbar machen.

Anm. d. Red.: Die Verfasserin des Briefes möchte namentlich nicht genannt werden. Sie ist jedoch „treues“ VOS-Mitglied

Richtigstellung ist doch erforderlich

Zum Beitrag von Dr. Bilke in der letzten Fg (Seite 11): „Das wirkt nicht gerade überzeugend“

Mit Interesse habe ich die Richtigstellung von Herrn Dr. Bilke im Hinblick auf die Befreiung des damaligen Konzentrationslagers Buchenwald gelesen.

Korrigieren möchte ich Herrn Dr. Bilke jedoch insofern, als die Grenzen der Besatzungszonen in Deutschland bereits auf der Konferenz in Jalta zu Beginn des Jahres 1945 – bis auf wenige bekannte Ausnahmen – festgelegt worden waren. Die dortige Zusage an die Franzosen, eine eigene Zone in Deutschland verwalten zu können, tangierte nur den bereits den Amerikanern und Briten zugesprochenen Bereich.

Darüber hinaus war auch die gemeinsame Verwaltung Berlins durch alle Siegermächte bereits beschlossen worden.

Insofern ist die von Herrn Dr. Bilke geäußerte Ansicht, dass sich die Amerikaner nach Kriegsende aus den von ihnen zunächst besetzten Gebieten in Thüringen und West-Sachsen wieder zurückzogen, damit die Westmächte im Austausch dafür das spätere West-Berlin erhielten, nicht ganz richtig.

Leidtragende der Regelungen von Jalta waren aber nicht nur die Deutschen, die in diesen Gebieten lebten. Fatal war ebenso, dass die Westmächte dort auch bereits Stalins Wunsch nach einer Verschiebung der polnischen Ostgrenze zugestimmt hatten – gegen die milde Zusicherung, in einem Nachkriegs-Polen unter eigener Oberherrschaft ein Mehrparteiensystem zuzulassen.

Wie lange solche Versicherungen der sowjetischen Seite hielten, ist bekannt. *Ekkehard Schultz*

Nachsatz: Im Ergebnis der durch die Konferenz von Jalta beschlossenen Neuordnung Europas soll der später abgelöste britische Premierminister Winston Churchill den folgenden denkwürdigen Ausspruch, mit dem er auf die Globalstrategie der Sowjetunion abzielte, getan haben: „Ich glaube, wir haben das falsche Schwein geschlachtet.“

Zur Hohn- und Spott-Demokratie verkommen

Eine eigene zentrale Feier wäre sinnvoll und angemessener

Liebe Kameradinnen und Kameraden, der Rücktritt unseres Verbandsvorsitzenden Rainer Wagner ist einerseits verständlich, andererseits aber äußerst bedauerlich. Er macht jedoch sehr deutlich, welche Richtung Staat und Kirche 25 Jahre nach der sogenannten Wiedervereinigung eingeschlagen haben. Die ganze Gedenk- und Erinnerungskultur für die Opfer der stalinistisch-kommunistischen Gewaltherrschaft in Deutschland ist in der Praxis durch Missachtung und Missbrauch von Grundgesetz und Rechtsstaatlichkeit auf kommunaler Ebene zu einer Hohn- und Spott-Demokratie gegenüber dem Volk verkommen, in dessen Namen Urteile damals wie heute gesprochen werden.

Allein das Bitten und Betteln um Schadensersatzansprüche durch die Instanzen gegenüber den Schadensverursachern zeugt vom real existierenden Unrechtsstaat Bundesrepublik Deutschland im Jahre 2015.

Das Buch „Der Fall Mollath – Vom Versagen der Justiz und Psychiatrie“ von Gerhard Strate (Angebot von gebrauchten Exemplaren und ebooks im Internet – d. Red.) zeigt, wie die Psychologie heute als allwissende, allmächtige und unfehlbare Kraft einen Staat im Staate gebildet hat. Dies ist die modernste Inquisition in einer Form von Staat- und Kirchenkooperation.

Rainer Wagner ist dem Druck dieser dunklen Macht zum Opfer gefallen, und damit wollte man uns alle treffen. Ich persönlich kann ihn verstehen. Aber wer es geschafft hat, Hohenschönhausen und die Folgequalen zu überleben, der dürfte seinen Glauben an das Gute und die Gerechtigkeit nicht verloren haben, sondern der sollte ganz im Gegenteil eher um sein Vertrauen in das deutsche Staats- und Rechtssystem gebracht worden sein.

Darum bitte ich alle Mitglieder der VOS und anderer Opferver-

bände, sich zu überlegen, ob es nicht an der Zeit ist, sich von den staatskirchlichen Feierlichkeiten zum 25. Jahrestag der deutschen Einheit fernzuhalten und eine eigene zentrale Gedenk- und Festtagsveranstaltung mit einem biblisch-christlichem GOTTESDIENST zu organisieren und zu besuchen. Zum Beispiel auf dem Gelände einer Gedenkstätte – und zwar zur Mahnung und zur Warnung.

Auch nur noch ca. 50 % Wahlbeteiligung des Volkes an Wahlen feiern die Parteipolitiker ihre Mehrheiten als demokratischen Erfolg. Es liegt allein bei uns, den Missbrauch der Opfer durch die Zurschaustellung bei Politik und Kirche zu beenden.

*Euer Kamerad
Klaus Bartholomay*

Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße geöffnet

Termin-Info-Potsdam

(BV/HD) Potsdam/Oranienburg.

Die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten teilt mit, dass nach der Behebung eines technischen Defekts der Brandmeldeanlage im ehemaligen Gefängnisgebäude die Dauerausstellung in der Gedenk- und Begegnungsstätte in der Leistikowstraße Potsdam ab Anfang Monat August wieder regulär für Besucherinnen und Besucher geöffnet ist. Es gelten die bisherigen Öffnungszeiten:

Dienstag bis Sonntag 14.00 bis 18.00 Uhr. Führungen sind Dienstag bis Sonntag 10.00 bis 18.00 Uhr nach Voranmeldung möglich. Am Montag ist die Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam geschlossen. Der Eintritt ist weiterhin kostenlos.

Information finden sich im Internet unter www.gedenkstaette-leistikowstrasse.de oder telefonisch unter 0331-2011 540. Per E-Mail unter mail@gedenkstaette-leistikowstrasse.de. Anschrift: Leistikowstraße 1, 14469 Potsdam

Diese Partei sollte erst einmal vor der eigenen Tür kehren

Partei die Linke spielt sich immer mehr zum Anwalt demokratischer Rechte und Freiheiten auf und lässt die Vergangenheit ruhen

Liegt es am sogenannten politischen Sommerloch oder leiden die Medien und Politiker in diesem Land unter kollektiver Demenz? Obwohl im vorigen Jahr der Liedermacher Wolf Biermann im Bundestag seinen öffentlich im TV übertragenen Schmähauftritt hatte und dabei die Linke-Fraktion mit Drachenbrut und ähnlichen Vokabeln beschimpft hat, hat die Nachfolgepartei von SED und PDS einen quasi unangefochtenen Stand in der Bundesrepublik. Sie schwingt sich zum unantastbaren Mahner auf, der mit dreister Selbstverständlichkeit an der Spitze von Kritikern steht, wenn sich irgendwo Defizite in der Demokratie, Abhöraffaires oder Angriffe auf die Bürgerrechte ergeben. Auch bei der Aufarbeitung der NSU-Verbrechen und der Bewältigung der Flüchtlingsproblematik ist sie mit ihrem Geschrei zur Stelle. Nach der Bundestagswahl in 2013 ist sie drittstärkste Fraktion und kann Ausschüsse mitbesetzen und sich bei Abstimmungen zu Gesetzesentwürfen beteiligen.

Wer sich in ein demokratisch strukturiertes Gesellschaftssystem einbringen will, der kann nur akzeptiert werden, wenn er die eigene schmutzige Vergangenheit aufgearbeitet hat.

Sie ist damit für viele zu einer „ganz normalen Partei“ geworden. Mittlerweile hat sie in ihren Reihen etliche Mitglieder, die die Rolle der einstigen SED als Unrechtsregime persönlich nicht mehr mitverantworten haben. Andere wiederum, die das DDR-System aktiv mitgestaltet haben, haben diese DDR aus ihrem Gedächtnis gestrichen und wollen nichts von den einst begangenen Menschenrechtsverstößen, dem absoluten Verbot der Presse- und Versammlungsfreiheit und von der widerlichen Unterwürfigkeit unter das militaristische Sowjetsystem wissen. Der Geist und das Wesen dieser SED sind jedoch greifbarer denn je, auch wenn diese Tatsache von vielen Deutschen verdrängt wird. Es erhebt sich einfach die Frage, ob in der DDR jemals jemand gegen die Abschiebung oder die schlechte Unterbringung von Asylbewerbern oder für die Rechte von Minderheiten hat demonstrieren dürfen.

Diese Linke hätte es bitter nötig, vor ihrer eigenen Tür zu kehren. Anstatt ein Geschrei über die Verfehlungen des Verfassungsschutzes zu erheben, wäre es angebracht, die Verbrechen des früheren MfS aufzuarbeiten und sich als Auftraggeber für „Schild und Schwert“ zu bekennen. Immer noch warten die übriggebliebenen Opfer des Ulbricht-Regimes und der Honecker-Ära auf eine ernst und ehrlich gemeinte Entschuldigung und auf ein klares Bekenntnis zum begangenen Unrecht. Wer sich in ein demokratisch strukturiertes Gesellschaftssystem einbringen will, der kann nur akzeptiert werden, wenn er die eigene schmutzige Vergangenheit aufarbeitet und sich für begangenes Unrecht entschuldigt.

Tom Haltern

V e r a n s t a l t u n g Dampferfahrt durch Berlin

Der Landesverband Berlin plant aus Anlass des 25. Jahrestages der Deutschen Einheit in der ersten Hälfte des Monats Oktober eine gemütliche vier- bis fünfstündige Schiffsfahrt durch Berlin. Der genaue Termin hierzu steht noch nicht fest.

Die Fahrt führt durch Ost- und Westberlin und wird begleitet durch einen fachkundigen politischen Referenten. Wir wollen dabei kameradschaftlich diskutieren, was uns im wiedervereinigten Deutschland die Freiheit gebracht hat, und die Gelegenheit nutzen, um für die weitere Durchsetzung unserer Rechte zu demonstrieren.

Interessenten und Interessentinnen melden sich bitte in der Landesgeschäftsstelle Berlin unter der Rufnummer: 030 – 2655 23 81, Fax: 030 – 2655 23 82 oder per Mail an LV-Berlin@vos-ev.de. Der Eigenanteil wird zwischen 25 und 30 € pro Person betragen und beinhaltet Essen und Trinken. Gemütlichkeit und Frohsinn kommen natürlich auch mit an Bord.

Landesverband Berlin-Brandenburg, der Vorstand
Rainer Buchwald, Hugo Diederich

Wann übernehmen die Rechtsnachfolger endlich die Verantwortung?

Über Häftlingszwangsarbeit in Neubrandenburg

✉ Häftlinge des Ministeriums für Staatssicherheit aus dem Gefängnis Neubrandenburg leisteten im VEB Textilreinigungskombinat Neubrandenburg Zwangsarbeit. Nun kann man sicherlich darüber diskutieren, was Zwangsarbeit ist, wie man die Häftlinge dazu bewegte, dies zu tun und warum sie es taten.

Im Jahr 1989 erbrachten die Häftlinge eine Leistung von 98.870,93 DDR-Mark (*Quelle: BStU, MfS BV Nbg., BDL Nr.26, BStU 000002*).

Die Funktionsmerkmale ihrer Arbeit sowie die Fertigstellung von 300 kg Wäsche im Arbeitsprozess, waren genau geregelt. Die Strafgefangenen waren hier dem Strafgefangenenbrigadier unterstellt. (*Quelle: BStU, MfS BV Nbg., Abt. XIV Nr.1425, BStU 0044*).

Im Januar 1966 sollten zum Aufbau der Rinderzuchtanlage in Ferdinandshof (*eine Gemeinde in MVP – d. Red.*) zwischen 600 und 800 Personen, davon 300 bis 400 Strafgefangene, eingesetzt werden. Die Strafgefangenen wurden vom Landbaukombinat Neubrandenburg angefordert (*Quelle: Christian Sachse „Das System der Zwangsarbeit in der SED-Diktatur“, Seite 171*).

Wann übernehmen die Rechtsnachfolger die Verantwortung für die kollektive Zwangsarbeit und lassen so wie andere Unternehmen inzwischen ihre Firmenepoche aufarbeiten?

Ein Denkmal für die längst überfällige Erinnerung an Unrecht, Tod, Folter, Haft zur SBZ- und DDR-Zeit zu errichten und somit ins öffentliche Bewusstsein zu rücken und daran zu erinnern ist in Neubrandenburg, trotz eines vorliegenden Antrags in der Neubrandenburger Stadtvertretung ein Wunschenken. Da dieser Antrag durch die demokratisch gewählte Stadtvertretung ohne Angaben von Gründen abgelehnt wurde. *André Rohloff*

Hinweis: Für die einstigen Betriebe der DDR gibt es Unterlagen (Jahresabschlussbilanzen), in denen die Haftzwangsarbeit nach Kostenstellen ausgewiesen ist. Es wäre wichtig, diese Unterlagen zu sichern und auszuwerten.

Der Platz am Minister-Tisch war eine besondere Überraschung

Rosemarie Studera und Thilo Scheibe nehmen an der Veranstaltung für ältere Haftopfer teil

Den Mantel des Schweigens öffnen. Endlich auch hier, denn gut vier Jahrzehnte war es für viele nicht möglich, über die unbeschreiblich bittere Haftzeit zu reden. Da sind Gedanken und Gefühle vorhanden, die auch 25 Jahre nach dem Mauerfall und somit nach dem Fall *der Mauer des Schweigens* die Opfer bewegen. Mehr als einhunderttausend waren es, die zwischen 1945 und 1950 in den sowjetischen Speziallagern unter dem Vorwurf der Spionage, der Sabotage oder der Werwolf-tätigkeit unschuldig inhaftiert waren und von dort aus mit aufreibenden Viehtransporten in wochenlanger Fahrt in die Gulags nach Sibirien verschleppt wurden. In der DDR durften sie, wenn sie endlich zurückgekehrt waren, über ihre Schicksale nicht sprechen, in der Bundesrepublik hörte ihnen kaum jemand zu.

Nun wurden die, die sowohl die Haft wie auch die Jahre des Schweigens überlebt haben, endlich zu einer würdigen Gedenkveranstaltung eingeladen. Der Anlass war das Ende des Zweiten Weltkrieges, das sich zum 70. Mal jährte. Dieses Kriegsende war zugleich der Beginn der politischen Verfolgung durch die Sowjets auf dem Gebiet der späteren DDR. Männer, Frauen und Minderjährige, die noch in das letzte Aufgebot der Wehrmacht gezwungen worden waren, teilten sich dieses Schicksal. Hatte man vordem noch gedacht, den Krieg glücklich überstanden zu haben, ereilte einen jetzt die nächste Qual und stürzte die Gefangenen in Verzweiflung und Demütigung.

Eine Einladung zur Würdigung der überlebenden Opfer gab es nun durch den Brandenburgischen Ministerpräsidenten Dietmar Woidke nach Potsdam in das

Kongresshotel. Insgesamt waren es etwa 250 Personen, die zwei Säle des renommierten Hotels füllten und die sich vom Empfang, den Reden und der angenehmen Gastlichkeit sehr angetan, sogar gerührt zeigten.

Aufgrund des hohen Alters, das die Opfer inzwischen erreicht haben, wurde ihnen zugestanden, auch eine Begleitperson mitzubringen und diese am Bankett teilnehmen zu lassen.

Seitens der VOS hatte Kameradin Rosemarie Studera eine Einladung erhalten. Da auch sie über 80 Jahre alt ist, lud sie zu ihrer Begleitung das frühere VOS-Vorstandsmitglied Thilo Scheibe ein. Kamerad Scheibe war während des Bestehens der DDR ebenfalls politischer Häftling, somit kann man seine Teilnahme durchaus als begründet bezeichnen.

Natürlich gab es während der Festlichkeit auch Reden. Neben Ministerpräsident Woidke kamen auch die Opferbeauftragte Frau Poppe und Stiftungsvorsitzender Günther Morsch zu Wort. In den Reden ging es noch einmal um das erlittene Unrecht und das Leid, das die Opfer zu tragen hatten

Unsere Kameradin Rosemarie hatte schließlich das Glück, einen Platz am Minister-Tisch zu bekommen, so dass sie eine persönliche Unterhaltung mit Frau Poppe und Gastgeber Dietmar Woidke führen und über ihr



Schicksal und die heutigen Probleme sprechen konnte.

Fazit: Eine gelungene Veranstaltung, die gern öfter und auch für andere Opfer organisiert werden sollte. AR

Info: R. Studera/ Th. Scheibe

Innerhalb einer Stunde war alles in mir erloschen und aus

Die Bitterfelder Abwege und ein verschollener Roman von Siegfried Pitschmann

Dieses seit 1959 verschollene Buch, über das hier geschrieben wird, ist das vorerst letzte Zeugnis einer bis heute nicht abgeschlossenen DDR-Literatur, deren politischer Rahmen im Herbst 1989 weggesprengt wurde. Sein Verfasser, der 1930 im schlesischen Grünberg (polnisch: Zielona Gora – d. Red.) geborene, nach der Vertreibung aber im thüringischen Mühlhausen aufgewachsene Siegfried Pitschmann, gelernter Uhrmacher, ist 1957/58 für ein halbes Jahr nach Hoyerswerda gezogen, um am Aufbau des 1955 gegründeten Industriekombinats „Schwarze Pumpe“ mitzuarbeiten. Als er im Januar/Februar 1959 im Schriftstellerheim „Friedrich Wolf“ am Schwielowsee, wo er seine spätere Frau Brigitte Reimann (1933 bis 1973) kennen lernte, niederschrieb, was er in Schwarze Pumpe unter den Arbeitern erlebt hatte, konnte er nicht ahnen, dass ihm seine nüchtern-realistische Schreibweise zum Verhängnis werden und sein Manuskript für eine Veröffentlichung unbrauchbar machen würde.

Denn nur wenige Wochen später, am 24. April 1959, fand im Kulturpalast des Elektrochemischen Kombinats in Bitterfeld eine Literaturkonferenz statt, auf welcher der zweimal mit dem „Nationalpreis“ ausgezeichnete Schriftsteller und Verbandsfunktionär Erwin Strittmatter (1912 bis 1994) eine richtungweisende Rede hielt, die am 28. April 1959 unter dem Titel „An die Basis – gegen die Selbstzufriedenheit“ in der SED-Zeitung Neues Deutschland nachzulesen war.

Hier wurden, als Kampf gegen die „harte Schreibweise“ getarnt, die ideologischen Wegweiser für eine künftige Literatur aufgestellt, wobei der Redner als abschreckendes Beispiel das Manuskript des jungen Schriftstellerkollegen anführte, ohne freilich dessen Namen zu nennen.

Es ist die Geschichte eines Kaffeehauspianisten, der sich nach einer gescheiterten Liebesbeziehung als Bauarbeiter in Schwarze Pumpe verdingt und schließlich in zermürbenden Zwölf-Stunden-Schichten eingesetzt wird. In diesen sieben Kapiteln sind hervorragende Schilderungen zu finden, die von der

vorzüglichen Beobachtungsgabe des Autors zeugen, besonders im letzten Kapitel. Von der angeblich amerikanischen Autoren nachempfundenen harten Schreibweise ist nichts zu spüren, allerdings wird auch kaum von Sozialismus und Planerfüllung gesprochen.

Auch von angeblichen „Radaubrüdern, Säufern, Glücksrittern“ oder „von solchen Arbeitern, die ihre Kräfte um der dicken Lohntüte willen verdoppeln und verdreifachen“, ist hier nichts zu lesen. Das waren Erfindungen Erwin Strittmatters, der in Schwarze Pumpe schmerzlich die „klassenbewussten Arbeiter“ vermisste: Es gab sie nicht! So entwertete er in seiner Bitterfelder Philippika ununterbrochen ein Manuskript, das er nie gelesen hatte: „Die Menschen, die hier arbeiten, werden als ständig betrunken, geldgierig und ohne moralischen Halt geschildert. Zu den großartigen Leistungen, wie sie täglich beim Aufbau des Sozialismus vollbracht werden, befähigt unsere Arbeiter nicht die Geldgier, sondern ihr Bewusstsein.“

Als Siegfried Pitschmann im Jahr 1960 noch einmal, jetzt mit Gattin Brigitte Reimann, für vier Jahre nach Hoyerswerda zog, lernten sie dort die harte, ideologisch ungeschminkte Realität an der „ökonomischen Basis“ kennen. Diese verstörende Erfahrung machten im Übrigen all jene DDR-Autoren, die freudig den „Bitterfelder Weg“ einschlugen, der nach dem Mauerbau von 1961 in eine ganz andere Richtung lief.

Brigitte Reimann veröffentlichte, um sich diesen Widerspruch zu erklären, unter dem bezeichnenden Titel „Entdeckung einer schlichten Wahrheit“ im Partei-Zentralorgan Neues Deutschland vom 8. Dezember 1962 einen „Offenen Brief“, worin sie alle Erfahrungen bestätigte, die Siegfried Pitschmann schon in den Jahren 1957 bis 1958 gemacht hatte.

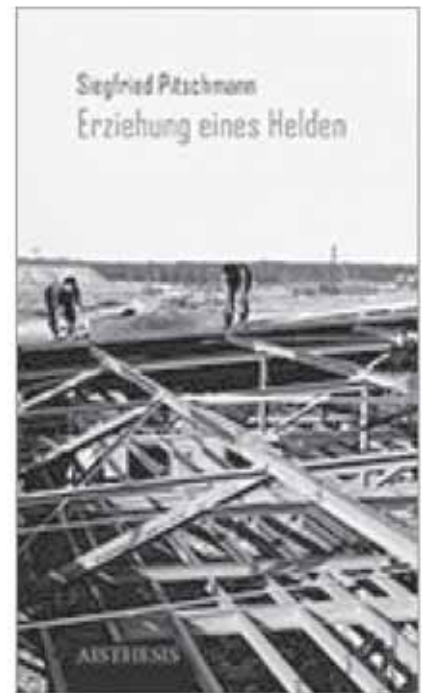
Nach einem Selbstmordversuch in Burg bei Magdeburg 1959, wo Brigitte Reimanns Eltern lebten, ließ Siegfried Pitschmann das Manuskript dann unvollendet liegen, es wurde 2014 im Literaturzentrum Neubrandenburg aufgefunden.

Noch Jahrzehnte später hat Pitschmann der Weimarer Pfarrerin Maria-Elisabeth Lüdde berichtet, wie seinerzeit im Vorstand des Ost-Berliner Schriftstellerverbands mit ihm umgegangen wurde: „Es war ein entsetzliches Abschlagen, ein Strafgericht. Für mich war in dieser einen Stunde alles aus. Etwas in mir zerbrach.“

Dr. Jörg Bernhard Bilke

Siegfried Pitschmann:

„**Erziehung eines Helden**“, Roman. Herausgegeben und mit einem Nachwort von Kristina Stella, Aisthesis-Verlag, Bielefeld 2015, 256 Seiten, 19,95 Euro



Anm. d. Red.: Im Jahr 2002 (am 29. August) verstarb Siegfried Pitschmann 72-jährig – zehn Monate nachdem er Pfarrerin Maria Elisabeth Lüdde das erwähnte Interview gegeben hatte. Frau Lüdde fertigte aus den dabei entstandenen etwa 15-stündigen Tonbandaufzeichnungen eine Abhandlung an, die ebenso trocken karg wie bezeichnend für das Literatur-Leben in der DDR war. Eine ebenfalls sehr umfassende Abhandlung gibt es auch von unserem Kameraden Jörg Bilke, die leider den Rahmen der Fg sprengen würde. Der Beitrag kann aber (nach Zustimmung des Verfassers) auf der VOS-Website online abgerufen werden bzw. wird er auf www.first-minute-buecher unter Aktuelles zu lesen sein.

Ein neues Buch zu dem „alten“ Unrecht

Dr. Martin Hoffmann stellt einen authentischen Katalog zum Unrecht des Kommunismus vor

Wieder gibt es erstaunliche Neuigkeiten von Dr. Martin Hoffmann, der in Karlsruhe und zeitweise auch im sächsischen Oederan sein Zeitzeugenmuseum betreibt. Dabei bezieht sich die Charakterisierung „sein“ mehr oder weniger auf die Entstehung, Verwaltung und die laufende Gestaltung dieses Zeitzeugenmuseums. Gedacht ist es für möglichst viele Besucher und Interessenten, und es richtet sich ganz speziell an die Nachwelt, denn was hier gezeigt und erklärt wird, kann inzwischen nicht mehr von vielen lebenden ehemaligen Häftlingen beschrieben werden. Es geht um Workuta, um den Gulag, in dem Kamerad Hoffmann schwere Jahre zubringen musste, nachdem er zunächst sogar die Todesstrafe erhalten hatte und später begnadigt wurde.

All dies wurde in der Freiheitsglocke mehrmals behandelt, und doch gebieten es die Leiden der vielen anderen Häftlinge, dass wir immer wieder darauf hinweisen und nicht nachlassen, darüber zu berichten. Denn jene, die dort oder an anderer Stelle auf andere grausame Weise umkamen, können darüber nicht reden, daher erwächst für uns die Pflicht, dass wir die Erinnerung bewahren.

In diesem Jahr hat Martin Hoffmann eine 64-seitige Broschüre herausgegeben, in der er interessante Fakten und Dokumente zum Unrecht der kommunistischen Diktatur in den auf Moskaus Geheiß neugegründeten Staaten des europäischen Ostens veröffentlicht. So erfährt man Einiges

auch ihre Publikationen und Lebensläufe oft in der Freiheitsglocke vorgestellt wurden. Und doch fügt jeder neue Bericht und jede Buchveröffentlichung eine weitere Information zu den bisherigen Erkenntnissen hinzu. Also lässt sich allein aus dieser Perspektive die Wichtigkeit des hier vorliegenden Kataloges begründen.

Erfreulicherweise ist das Buch in gut überschaubare Kapitel gegliedert, die sich wiederum in mehrere Unterkapitel aufteilen. Dazu gehört zunächst die detaillierte Beschreibung der Struktur und des Inhalts des Zeitzeugenmuseums, das übrigens auch schon Joachim Gauck besuchte. Wir sehen dort die sorgsam gehüteten Gegenstände, die an die Lagerhaft erinnern, und finden Dokumente, die in der Zeit

Opfern und Plakate zur Ausstellung, die sich mit acht wesentlichen Themen befasst. Es geht bis zum Herbst 1989 und zum Zerfall der Sowjetunion, der vor allem für jene, die ihr schweres Schicksal diesem System verdankten, eine große Genugtuung war.



Interessant dann auch die Resonanz der Presse, die immer wieder mit großem Respekt über Martin Hoffmanns Aktivitäten berichtete und sein Zeitzeugenmuseum mehrfach vorstellte. In diesem Abschnitt wird – beinahe ein „Muss“ – auch die Freiheitsglocke genannt, da das Thema Zeitzeugenmuseum in unserem Verbandsorgan häufig vorkam. A.R.

Dieses neue, sehr empfehlenswerte Buch kann wie seine „Vorgänger“ direkt bei Martin Hoffmann über die Anschrift des Karlsruher Museums (evtl. auch über die BGSt der VOS) bezogen werden:

Dr. Martin Hoffmann
Ettlingerstr. 2c,
76137 Karlsruhe
Tel. 0721 356000

Aus dem Buch:

Man darf dem Schrecken nie sich beugen,
muss leben, denken, weitertragen,
man muss den Schrecken auch bezeugen,
und es den Kindern weitersagen

A. Hornbogen-Merkl

zum geleisteten Widerstand und seinen Folgen wie auch zur Verschleppung in die Gulags und schließlich über den schwierigen Neubeginn, der jenen bevorstand, die das Martyrium in der Kälte, in Hunger und Grausamkeit überlebten. Natürlich kennen wir mittlerweile durchaus einige Bücher zu diesem Thema, wir erinnern uns an persönliche Vorträge Ex-Gefangener, zumal sowohl die Betroffenen wie

Brief seines verzweiferten Vaters ist abgedruckt, in dem er um Auskunft zum Verbleib des Sohnes bittet. Es gibt Zeichnungen, verschwommene Fotos und Kartenskizzen, die einen Eindruck von der Weite und der Kargheit der sibirischen Landschaft geben.

Auch das nächste große Kapitel handelt vom Zeitzeugenmuseum. Hier sehen wir Namenslisten von

Als die U-Haft zum Schutzraum wurde

Schalck-Golodkowski verstarb – fast vergessen – im schönen Rottach-Egern

Wenn in der Literatur, egal in welcher Spezies, jemals ein Werk über Gentleman-Verbrecher eröffnet werden sollte, dann dürfte diesem Mann mit dem irgendwie bezeichnenden Namen Schalck, der Ende Juni 2015 nach längerer Krankheit und heftigen durch die Medien ausgelösten Stürmen aus Gründen des eigenen Todesfalls nun doch noch sein Nobel-Domizil im malerischen Rottach-Egern verlassen musste, darin gewiss eine Doppelseite gewidmet werden. Dabei war es doch in den ersten und in den letzten Abschnitten seines Lebens in der Öffentlichkeit ausgesprochen still um ihn gewesen. Genau genommen wurde den meisten Deutschen erst 1989, als die Mauer fiel, bekanntgegeben, dass es ihn, seine Abteilung und sein direktes Unterstellungsverhältnis zu Günter Mittag und Erich Mielke gab. Der Mann, der uns allen mit der eher harmlosen Bezeichnung „Devisenbeschaffer“ vorgestellt wurde und der der Abteilung „Kommerzielle Koordinierung“ im Außenhandelsministerium der DDR angehörte. Ein eleganter Wirtschaftskrimineller, wie man vielleicht hätte denken können. Einer an dessen Händen kein Blut klebt und der nur das kaum greifbare „Große Ganze“ um schöne Summen geprellt hat. Auch keiner, der sich an politischen Machenschaften beteiligt, der sich jedoch unheimlich (!) für seinen Staat eingesetzt hat.

Kann man das wirklich so stehenlassen?

Viele, die unter dem politischen System der DDR unglaublich gelitten haben und die – weil sie dieses kleine ungeliebte Land um jeden (!) Preis verlassen wollten – all ihr Hab und Gut hergegeben haben und später nicht einen Bruchteil des einstigen Eigentums wiedererlangen konnten, sehen das ganz anders.

Natürlich, es ist zweifelhaft, Alexander Schalck-Golodkowski dafür verantwortlich zu machen, dass die DDR vielen politischen Häftlingen unter dubiosen Vorwänden bei Hausdurchsuchungen Antiquitäten und hochwertige Literatur aus den Wohnungen räumte oder diese durch Erpressung in ihren Besitz brachte. Der „Schal(c)k“ war dann derjenige, der ihre „Weiterleitung“ in die Bundesrepublik betrieb und dafür Devisen einzog. Sicherlich mag der prozentuale Anteil der durch diese erpresserischen Gemeinheiten erzielte Devisengewinn am Gesamtumsatz gering sein. Er ist dafür derjenige, der persönlich am meisten schmerzt und der so gut wie gar nicht durch die Bundesrepublik – zumindest finanziell – ausgeglichen wurde. Es sind genug Enttäuschte unter den ehemaligen Übersiedlern, die zudem um ihre Häuser und Wochenendgrundstücke geprellt wurden (manche noch im geschichtsträchtigen Jahr 1989) und die 1990 nach ihrer Rückkehr lachende SED-Mitglieder dort vorfanden. Auch hier tat sich der bundesdeutsche Staat schwer mit Rückgaben und Entschädigungen. Geradezu hämisch hieß es: „Ihr wolltet doch weg, in den Westen. WIR sind hiergeblieben. In der Heimat.“ Den Rest besorgten die Politiker des Westens: „Ihr Häftlinge habt den Staat einen hohen Freikauf-Preis gekostet, ihr habt Haftentschädigung erhalten und wurdet für hohe Staatskosten in neue Berufe eingegliedert.“

Alexander Schalck-Golodkowski hat das Schicksal jener geprellten Häftlinge diesbezüglich nicht geteilt. Er hat, man weiß es allseits, im Westen ein feudales Anwesen erwircht. So feudal, dass sich sicherlich zehn Ex-Häftlinge, die es im Westen ebenfalls zu Eigenheimen gebracht haben, würden diese ihren Besitz zusammenlegen, das Schalck'sche finanziell nicht würden aufwiegen können. In anderer Hinsicht steht dieser Schalck den Häftlingen wiederum weniger nach. So hat er – immerhin das – in Untersuchungshaft gesessen, aber nur einen Monat, und damit würde er – rein theoretisch – im Falle eines Antrags auf die Besondere Zuwendung wegen der *Halbjahresklausel* leer ausgehen.

Freilich diene diese Haft eher dem Schutz seiner Unversehrtheit. War er doch gleich nach dem Mauerfall für die vielen DDRler zum absoluten Buhmann geworden, der den Ausverkauf des Staates betrieb und sich selbst ein feines Leben beschert hatte. Ein Vorwurf, der nicht in Gänze stimmen muss, denn der Hauptverantwortliche war er nicht, aber auch keiner, der schuldlos war und der nicht wusste, was es mit diesem SED-Staat an verbrecherischem Unrecht und politischer Verlogenheit auf sich hat. Letztlich wurden ihm durch die bundesdeutsche Justiz ja auch zwei Haftstrafen aufgebürdet, die insgesamt mit 28 Monaten zur Bewährung ausgesetzt wurden.

Da Schalck-Golodkowski die Verurteilungen nicht auf höherer Instanz angefochten hat, mag er sich zum einen seiner (Mit)Schuld bewusst gewesen sein, zum anderen hätte es ja durchaus schlimmer kommen können. Siehe Egon Krenz, der übrigens – was kein Scherz ist – in seiner Naivität im November 1989 für ein paar Tage an ein dauerhaftes Weiterbestehen der DDR geglaubt haben soll und sich diesen Schalck als künftigen Staatschef hat „vorstellen“ können.

Nun denn, nicht alle Träume gehen in Erfüllung. Kaum war besagter November herum, da hatte sich der Ex-Devisenbeschaffer nach West-Berlin abgesetzt und war (siehe oben) fast freiwillig in die U-Haft geraten. Die Genossen aus dem Politbüro – wir wissen es noch – bevölkerten dagegen die Untersuchungsgefängnisse der DDR, wo der „humane“ Strafvollzug noch längst nicht eingeführt war. Natürlich waren es nicht alle, und die, die man einsitzen ließ, wurden zumeist wegen Krankheit in ihre Jagdhäuser zurückgeschickt – nehmen wir mal den grau gesichtigen Willi Stoph als Beispiel.

Schalck-Golodkowski kamen alsbald seine aus der DDR-Zeit geknüpften Kontakte zu West-Politikern zugute. Wir ahnen, dass da viel gekungelt und verschoben wurde und – hätte der Gentlemen aus der Abteilung KoKo den Mund aufgemacht – mancher bedeutende Wessi zu Fall gekommen wäre.

Dass er schweigen tat, hat ihm sicher geholfen, aus dem Schussfeld der Medien zu gelangen. Rottach-Egern am Tegernsee ist wahrlich ein schönes Plätzchen. Wir ehemaligen politischen Häftlinge würden uns ein solches (gern auch dieses) Anwesen als gemeinsames Feriendomizil wünschen. Auch wir kämen gern zur Ruhe – und zu etwas mehr Geld. Wir würden dann durchaus mal über Herrn Schalck sprechen, ja vielleicht würden wir das Heim dann sogar nach ihm benennen. Etwa: Haus Schalck-Golodkowski – Erholungsplatz für ehemalige Devisen-Lieferanten der DDR ...

A.R.

Die Dokumentation zum SED-Unrecht liest sich wie Kriminalliteratur

Über eine konträre Diskussion bei der Luxemburg-Stiftung zu den Untaten des DDR-Regimes

Seit den Koalitionsverhandlungen in Thüringen vom Herbst 2014 wird verstärkt in den fünf Ländern Mitteldeutschlands und im ehemaligen Ostberlin über das Thema diskutiert, ob die DDR ein Unrechtsstaat war oder nicht. Letzter Höhepunkt war die Diskussion, die die „Rosa-Luxemburg-Stiftung“ am 23. Juni 2015 in Berlin veranstaltete. Teilnehmer waren der CDU-Bundestagsabgeordnete Philipp Lengsfeld (geb. 1972), der älteste Sohn der Bürgerrechtlerin Vera Lengsfeld (geb. 1952), und von der Gegenseite Steffen Bockhahn (geb. 1978) von der LINKEN.

Die Diskussion im Salon der „Rosa-Luxemburg-Stiftung“ am Berliner Franz-Mehring-Platz 1 leitete Tom Strohschneider, der Chefredakteur der Tageszeitung NEUES DEUTSCHLAND. Das Thema hieß „War die DDR ein Unrechtsstaat?“, ein Satz, der in den Jahren nach dem Mauerfall vom 9. November 1989 nur eine rhetorische Frage gewesen wäre.

Philipp Lengsfeld ist, wie Bundeskanzlerin Angela Merkel, promovierter Physiker und sitzt seit 2013 im DEUTSCHEN BUNDESTAG. Steffen Bockhahn war 2009 bis 2012 Landesvorsitzender der LINKEN im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern und saß 2009 bis 2013 im DEUTSCHEN BUNDESTAG, seitdem ist er Senator in Rostock.

Die vierbändige Dokumentation „Unrecht als System“ ist den frühen DDR-Jahren 1949 bis 1961 gewidmet, danach konnte sie nicht mehr erscheinen, weil wegen des Mauerbaus am 13. August 1961 die Flucht nach Westberlin oder über die innerdeutsche Grenze nur noch in Ausnahmefällen möglich war und die, denen die Flucht gelungen war, eher Arbeitszeugnisse, Meisterbriefe oder Abiturzeugnisse am Körper versteckt mit sich führten als, sofern sie einmal verurteilt gewesen waren und in DDR-Zuchthäusern gesessen hatten, Anklageschriften und Gerichtsurteile, die ohnehin viel umfangreicher waren.

Überhaupt wundert sich der Leser, dass der in Westberlin 1949 gegründete und 1969 ins GESAMT-

DEUTSCHE INSTITUT überführte UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS FREIHEITLICHER JURISTEN, der diese Dokumentation in den Jahren 1952/62 erarbeitet und herausgegeben hat, den Unrechtsstaat DDR und seine Justizpraxis mit einer solchen Fülle von Dokumenten belegen kann.

Nun ist der Ausschuss von ehemaligen DDR-Juristen gegründet worden, die nach Westberlin geflohen waren, aber noch jahrelang auf konspirativen Wegen Verbindungen zu früheren Kollegen an DDR-Gerichten hatten, die ihnen einschlägige Dokumente zuspielten.

Ich erinnere mich, dass ich meine Anklageschrift für eine Nacht in der Zelle zu lesen bekommen hatte und am nächsten Morgen wieder abgeben musste, mit Urteil und Urteilsbegründung wurde genauso verfahren, damit der politische Gefangene, den es offiziell nicht gab, nichts in der Hand hatte, womit er die Willkür des Staates, der ihn verfolgt hatte, beweisen konnte.

Erst 1992, als die Archive von „Staatsicherheit“ und DDR-Justiz zugänglich waren, habe ich aus Leipzig meine Unterlagen zugeschickt bekommen. Versuche, während der Untersuchungshaft Anklageschrift und Urteilsbegründung auswendig zu lernen, mussten aus verständlichen Gründen misslingen. Aber selbstverständlich haben bis zum 13. August 1961 von Ostberlin nach Westberlin geflohene DDR-Bewohner solche Unterlagen mitgebracht, in den Jahren 1959/60 bis zur Vollkollektivierung der Landwirtschaft (31. März 1960) auch Landwirte und Landarbeiter, die den Beitritt zur LPG verweigert hatten und deshalb verhaftet und verurteilt worden waren.

In den vier Bänden sind Dutzende solcher Urteile abgedruckt, oft auch mit dem Vermerk, dass der betreffende Zeitzuge N.N. vorübergehend im Flüchtlingslager Berlin-Marienfelde lebe.

Ich habe im Sommer 1961, noch vor meiner Verhaftung in Leipzig, Will Trempers (1928-1998) Spielfilm „Flucht nach Berlin“ (1961), in dem das „Bauernlegen“ in der DDR-Provinz thematisiert war. Bei

Gesprächen im Zuchthaus Waldheim haben wir oft gespottet, es gäbe nicht nur drei LPG-Typen, sondern vier: „Der Bauer im Westen, das Land ist hier!“

Diese vierbändige Dokumentation, die nur noch in wenigen Bibliotheken vorhanden ist und über die Fernleihe bestellt werden kann, umfasst 1.110 Seiten und liest sich wie ein unendlicher Kriminalroman. Sie erschien 1952 (240 Seiten), 1955 (294 Seiten), 1958 (284 Seiten) und 1962 (292 Seiten).

Der vierte und letzte Band ist sicher der aufregendste, weil hier auch wenige Zeugnisse abgedruckt sind, die aus der Zeit nach dem 13. August 1961 stammten. Da wurden auch Ostberliner oder DDR-Bürger aus den Randgebieten Ostberlins, die bis 1961 in Westberlin gearbeitet hatten, verhaftet und verurteilt, weil sie Mauerbau und Verlust des Arbeitsplatzes psychisch nicht verkraften konnten.

Dazu gibt es ein Buch des geflohenen DDR-Psychiaters Dietfried Müller-Hegemann (1910 bis 1989) „Die Berliner Mauerkrankheit“ (1973).

Vergleicht man den Erkenntnisgewinn, den man aus diesen Dokumenten über die DDR-Justiz und das Wirken der „Staatsicherheit“ schöpft, mit den Arbeiten heutiger DDR-Forscher, die nach 1989 geboren sind und den SED-Staat nur in der „Papierform“ kennen, so stellt man fest: Hier wird offensichtlich von zwei verschiedenen Staaten gesprochen! *Jörg Bernhard Bilke*

Blindheit heute und früher

Um den vorstehenden Beitrag zu komplettieren: Als politischer Häftling durfte man (in den 1980er Jahren) etwa eine Stunde in der „Anklageschrift“ lesen. Danach gab man sie ab und sah sie nie (!) wieder. Mit der Urteilsbegründung war es ähnlich. Auch die durfte man lesen, und auch sie bekam der Häftling nicht mehr zu Gesicht.

Wozu führt man also Diskussionen über (juristisches) Unrecht und Rechtlosigkeit in der DDR? Reichen diese beschämenden Tatsachen nicht aus? Es war so, und damit ist alles gesagt! *B. Thonn*

Literatur im Kerker – Lesung in der Justizvollzugsanstalt Münster

Fg-Redakteur Alexander Richter liest im Münsteraner „Knast“ vor interessierten Strafgefangenen

Wenn einer eine gute Lesung halten will, muss er auch mit außergewöhnlichen Bedingungen fertig werden. Das heißt, er muss auch dort lesen wollen und können, wo es vielleicht nicht ganz so einfach ist und wo nicht jede und jeder „hingehen“ mag.

Ein solches Beispiel sind Lesungen in Haftanstalten. Immerhin ist es wichtig, dass auch Strafgefangene mit der Literatur Kontakt halten können bzw. dieser Kontakt überhaupt erst hergestellt wird. Wichtig ist auch, dass Inhaftierte nicht ganz von der Gesellschaft ausgeschlossen werden.

Hierzu sind gut ausgestattete Bibliotheken und gut ausgebildete Bibliothekare eine wesentliche Voraussetzung, und somit ist es für einen Autor oder eine Autorin leichter, während ihrer Lesung das nötige Interesse zu wecken. All das gibt es heute –

im Gegensatz zu den Haftanstalten und Lagern der SBZ/DDR, wo vor allem die politischen Häftlinge zum Bodensatz der Gesellschaft gemacht wurden.

Am 22. Juni 2015 fand nun eine Lesung in der Justizvollzugsanstalt Münster statt. In der Reihe „Literatur im Kerker“ wurde der im Münsterland lebende Schriftsteller Fg-Redakteur Alexander Richter in die Bibliotheksräumlichkeiten der Münsteraner JVA eingeladen. Er stieß dort auf eine etwa zwanzigköpfige hoch interessierte Zuhörerschaft, die sich kein bisschen mit Fragen und Redebeiträgen zurückhielt und die zudem ein gut fundiertes Geschichtswissen und ein reges politisches Interesse offenbarte. Richter selbst war in der DDR inhaftiert gewesen und kann sich somit in die Situation von Häftlingen hineinversetzen. Vor inzwischen 33 Jahren wurde er in Potsdam-Rehbrücke auf offener Straße verhaftet und nach elf Monaten menschenunwürdiger Stasi-U-Haft zu

sechs Jahren Freiheitsentzug gemäß § 106 (Staatsfeindliche Hetze) verurteilt. Richter hatte nichts anderes „verbrochen“ als ein Buchmanuskript zu schreiben, das er seitenweise in ca. 250 Briefen in die Bundesrepublik geschickt hatte. Das Manuskript umfasste einen Roman, der die Zustände in der DDR so beschrieb, wie sie wirklich waren – skurril und (eigentlich) unbeschreibbar. Vergleichsweise ist eine Freiheitsstrafe von sechs Jahren in der heutigen Zeit ein Strafmaß, für das man schon eine schwere Straftat begangen haben

schließlich wegen eines kriminellen Delikts im Vollzug landen ließ.

Dass im Anschluss an die längere, lebhaft diskutierte Lesung nur noch etwa zwanzig Minuten Zeit für den reinen Leseabschnitt blieben, war keineswegs von Nachteil. Alexander Richter hatte bereits bei Vereinbarung des Termins sechs Bücher für die Bibliothek der JVA hinterlegt, und er brachte nun weitere sechs Bücher mit, die nach Abschluss der Veranstaltung spontan vergriffen waren. Für die Häftlinge besteht somit die Möglichkeit, sich weiter mit Richters Büchern, mit

Literatur und mit dem Thema Zeitgeschichte zu beschäftigen. Übrigens wäre es undenkbar, hätte in einem DDR-Vollzug ein Besucher Lesestoff – einfach so – in einer Haftanstalt zurück lassen wollen.

Wie man sieht, ist Münster also nicht nur die Stadt des ARD-



muss. Die Zuhörer dieses Abends folgten der Schilderung mit großer Spannung. Es stellte sich zudem schnell heraus, dass drei von ihnen in der DDR geboren und auf verworrenen Wegen und durch unglückliche Fügungen in den westfälischen Strafvollzug gelangt waren. Andere hatten in der Zeit des geteilten Deutschlands in West-Berlin gelebt und dort individuelle Erfahrungen gemacht. Einer von diesen Häftlingen hatte besonderes Pech: Sein Mutter hatte von den DDR-Behörden die Genehmigung für einen Verwandtschaftsbesuch in der Bundesrepublik bekommen. Von dieser West-Reise kehrte sie nicht mehr zurück. Die Stasi holte daraufhin ihren in der DDR verbliebenen Ehemann ab und inhaftierte ihn längere Zeit. Die minderjährigen Kinder wurden in ein Heim gebracht, wo sie schnell den sozialen Halt verloren. Der Absturz des inzwischen vierzigjährigen Sohnes war eine Folge, die sich bis heute auswirkt und den Betroffenen

Tatorts der munteren Herren Börne und Thiel, sondern die Stadt hat auch ein anderes Gesicht, das sie nicht verstecken, sondern mit dem sie sachlich umgehen sollte.

Für Alexander Richter war dies nicht die erste Lesung in einer Haftanstalt. Im Rahmen des Zeitzeugenprogramms für ehemalige politische Häftlinge der DDR wurde er bereits vor eineinhalb Jahren in die JVA Köln-Ossendorf eingeladen, wo ebenfalls angeregt diskutiert worden war und worüber die Fg berichtete. Die Frage, ob man nicht eine „gewisse“ Angst bekomme, wenn man sich auf einmal hinter dicken Mauern und Eisengittern befände, wird von Richter eindeutig verneint. Er sagt: „Der Knast ist eine andere Welt, das stimmt, aber sie macht neugierig und ist interessant, da habe ich gar keinen Gedanken an irgendwelche Ängste, auch nicht vor den Leuten, die hier sind. Ich bin ja freiwillig hier und möchte den Inhaftierten helfen.“

Valerie Bosse

Beliebt, sachlich und immer humorvoll

Zum Tod unseres Kameraden Siegfried Jahnke

Siegfried Jahnke, langjähriger Vorstandsvorsitzender (2004 – 2014) der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge in Bonn, geehrt für sein ehrenamtliches Engagement mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande, ist am 19. Juni im Alter von 85 Jahren verstorben. Seit 2011 war er aktiver Zeitzeuge im VOS-Zeitzeugenprogramm des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen und Mitglied im Freundeskreis Düsseldorfer Buch 75 e. V.

Von ihm stammen mehrere Publikationen (u. a. das 2010 erschienene Buch "Geschichten aus dem Gulag").

Siegfried Jahnke ist ein ehemaliger politischer Häftling der "ersten Stunde". Bereits am 05. März 1949 geriet er in die Fänge des russischen Geheimdienstes NKWD. Siegfried erlebte 1948 hautnah die Spaltungsversuche der Kommunisten gegen das Gesamtberliner Stadtparlament und protestierte mit Flugblättern und Losungen wie „Kommunisten raus" und mit Berichten in Westberliner Zeitungen über die wahren Absichten der SED und der Russen in Ostberlin. Wahrscheinlich durch Denunziation beim NKWD, wurde er im März 1949 verhaftet. Nach 4 Monaten Gewahrsam mit zermürbenden und erniedrigenden Verhören im Untersuchungsgefängnis Berlin-Hohenschönhausen wurde dann das "übliche Urteil" durch ein sowjetisches Militärtribunal – 25 Jahre Arbeitslager wegen Spionage und anti-sowjetischer Hetze - verkündet.

Von 1949 bis 1953 verbüßte er seine Haft im berüchtigten „Gelben Elend“ in Bautzen. Anschließend war er drei weitere Jahre in der Vollzugsanstalt in Torgau (Fort Zinna) inhaftiert. 1956 wurde er im Zuge einer Amnestie

aus der Haft entlassen und kam zunächst nach Westberlin. Seit 1957 lebte Siegfried Jahnke in Düsseldorf / Erkrath mit seiner Ehefrau und zwei Töchtern.

Siegfried hat sich trotz der schlimmen und nachhaltigen Erlebnisse seiner Haftzeit ein überaus positives Lebensgefühl und eine geradezu ansteckend optimistische Lebenseinstellung bewahrt. Mit herausragendem Engagement und vorbildlichem Einsatz hat er



sich für die Anerkennung der Belange der politischen Opfer des Kommunismus bei der Aufarbeitung dieses unrühmlichen Kapitels deutscher Geschichte eingesetzt. Sei es bei seiner Tätigkeit als Vorstandsvorsitzender der Stiftung für ehemalige politische

Häftlinge oder als Zeitzeuge in den Schulen in Nordrhein-Westfalen im Zuge des VOS-Zeitzeugenprojektes. Hierbei beeindruckte die Schüler besonders seine sachlich humorvolle Art, mit der er die Zeitgeschichte anhand seiner schweren Haftzeit vermittelte.

Wir verlieren mit Siegfried Jahnke leider viel zu früh einen lieben und achtenswerten Menschen und Kameraden. Wir wollen ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

*VOS-Zeitzeugenprojekt NRW
Detlef von Dechend*

Erziehung Fallbeil

Ein grausiges Stück DDR-Geschichte: Manfred Smolka

Am 12. Juli in den frühen Morgenstunden war es genau 55 Jahre her, dass im Arbeiter- und Bauernstaat ein blutrünstiges Hinrichtungsstück sein grausiges Finale gefunden hatte, das in seiner Sinnlosigkeit und Verruchtheit in der Reihe der stalinistisch geprägten Untaten der DDR-Justiz auf ewig ganz weit vorn stehen wird. Am Morgen jenes Tages wurde der ehemalige Angehörige der Nationalen Volksarmee der DDR wegen angeblicher Spionage, Republikflucht und sonstiger staatsfeindlicher Delikte enthaupet. Und das in einer Zeit, da man begann, den Weltraum zu betreten und im sozialistischen Lager mit hohen Tönen und bunten Farben den Weltfrieden zu feiern.

Ulbricht selbst hatte bei dieser juristischen Farce, die nichts anderes als ein kollektiver Mord war, seine Finger im Spiel. Nicht nur er. Wenn also noch je von Aufarbeitung der Diktatur und ihrer Untaten zu reden wäre – was unwidersprochen auch heute noch zur Verantwortung der Partei die Linke gehört – so steht auch der Name Smolka auf der Agenda.

Leider ist bisher viel zu wenig über die billigen Hintergründe und die Rohheit der Vorgänge, die unter dem Stichwort „Erziehung Fallbeil“ zumindest in einzelnen Publikationen festgehalten sind, geredet worden. Ansonsten jedoch wird geschwiegen. Doch je intensiver dieses Schweigen verlautet, umso intensiver wird die Erinnerung an Smolka bleiben. *B. Thonn*

Wir trauern um

Siegfried Saller

Bezirksgruppe Gera

Klaus Wunderlich

Bezirksgruppe Reichenbach-Vogtland

Walter Böttner

Bezirksgruppe Leipzig

Dr. Manfred Krause

Bezirksgruppe Kiel

Werner Pulze

Bezirksgruppe Bonn

Erika Lohse

Bezirksgruppe Freiberg

Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren

25 Jahre Einheit – 25 Kampf um soziale Gerechtigkeit für die SED-Opfer

VOS-Landesverband Hessen/Rheinland-Pfalz sucht Unterstützung für die Kundgebung am 3. Oktober

Liebe Kameradinnen, liebe Kameraden, in diesem Jahr findet die Gesamtdeutsche Einheitsfeier am 3. Oktober in Frankfurt am Main statt.

Aus Anlass des 25. Jahrestages der Deutschen Einheit wollen auch wir als VOS-Mitglieder auf die Ungerechtigkeiten gegenüber den Opfern der SBZ/DDR-Diktatur öffentlich hinweisen. Wir beabsichtigen, mehrere fünf Quadratmeter große Schilder anzufertigen, auf denen Parolen zu lesen sein sollten, die auf unsere sozialen, materiellen und sowie sonstigen Probleme hinweisen. Dies könnten z. B. sein:

Die Opfer der SBZ/DDR-Diktatur sind vergessen – Die Täter werden hofiert!

Oder:

Die Opfer der SBZ/DDR-Diktatur werden mit Almosen abgespeist - Die Täter erhalten großzügige Renten!

Wir bitten um weitere treffende Vorschläge für die Beschriftung der Tafeln und rufen die VOS-Mitglieder auf, an unserer Aktion teilzunehmen, um am 3. Oktober mit möglichst vielen Kameradinnen und Kameraden vor dem Gebäude in Frankfurt am Main, in dem der Festakt zur Einheitsfeier stattfindet, präsent zu sein. Wir wollen unmittelbar vor der Feier als ehemalige politische Häftlinge der SBZ/DDR-Diktatur auf uns als vernachlässigte Gruppe von Opfern und Widerständlern aufmerksam machen.

Um rechtzeitig planen zu können, bitten wir sofort nach Auslieferung dieser Fg die beigefügte Teilnahmebestätigung ausgefüllt an die Adressen von Arno Selten oder Gerd Franke zu senden:

Gerd Franke, Max-Planck-St 51, 55291 Saulheim, Tel. 06732 930309

Arno Selten, In der Römerstadt 146, 06439 Frankfurt am Main Tel.:069 583217

*Mit kameradschaftlichem Gruß für den Vorstand
Arno Selten, Gerd Franke*

Ich nehme an der Aktion am 3. Oktober 2015 in Frankfurt am Main teil: **ja** **nein**

Für die Beschriftung auf den Tafeln habe ich folgende Vorschläge:

Mein Name:.....

Meine Adresse:

.....

.....

Meine Telefon-Nr.:.....

VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS (VOS)

Hardenbergplatz 2, 10 623 Berlin

PVSt Deutsche Post

Entgelt bezahlt

G 20 666

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. - Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus - (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag zwölf Mal jährlich, ab 2014 sechs Mal als Doppelausgabe.

Bundesgeschäftsstelle der VOS

Hardenbergplatz 2, 6. Etage, 10 623 Berlin

Telefon / AB: 030 – 2655 23 80

Fax: 030 - 2655 23 82

Email-Adresse: **vos-berlin@vos-ev.de**

Sprechzeiten: Dienstag u. Donnerstag von 14.00 bis 17.00 Uhr

Postbankkonto Nr. **186 25 501** bei der Postbank Köln, Bankleitzahl **370 100 50**

IBAN: DE31 3701 0050 0018 6255 01

BIC: PBNK DEFF

Spenden sind steuerlich absetzbar

Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:
Telefon/AB: 030 - 2655 23 81 Fax: 030 – 2655 23 82
Mail: lv-berlin@vos-ev.de
Dienstag und Donnerstag von 12.00 bis 17.00 Uhr, sonst nach Vereinbarung. Um Voranmeldung wird gebeten.

V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS

Redaktion und Satz: A. Richter

redaktion@vos-ev.de, Fax: 02572 - 84782

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte auch bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet.

Satzherstellung Neymanns Tel. 030 / 70 24 22 24, E-Mail: satzherstellung@gmx.de. Internet: www.satzherstellung.com

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS wird durch den Erhalt der „Freiheitsglocke“ vom Verbandsleben informiert.

Jahresbeiträge:

- **einheitlich für alle Mitglieder** 45,00 €
- Ehepartner (ohne Freiheitsglocke) 15,00 €
- Aufnahmegebühr Mitglieder 2,60 €
- Abonnement der Freiheitsglocke 24,00 €

Spenden unbedingt erbeten!

Internetseiten der VOS www.vos-ev.de

Nummer 755/6 erscheint im Okt. 2015 als Doppelausgabe

Redaktionsschluss der FG **754**: 14. August 2015